

Protokoll der 3.Sitzung des 42. Studierendenparlaments der Philipps-Universität Marburg am Mittwoch, den 20. Dezember 2006 um 20 Uhr, im Hörsaal 7, Biegenstraße 14, 35037 Marburg.

Protokoll: Mandy Schmidt, Stephanie Dziuba-Kaiser

Die Sitzung ist öffentlich.

Vorläufige Tagesordnung:

Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

1. Genehmigung des Protokolls der vorangegangenen Sitzung
2. Genehmigung der weiteren Tagesordnung
3. Bericht des AStA
4. Wahl eines studentischen Vertreters in den Vorstand des Studentenwerkes
5. Antrag auf Debatte zur Veranstaltungsreihe „Hessen hinten“
6. Terminabsprache
7. Verschiedenes

[Fragestunde]

Michael Höttemann stellt eine Frage an den Vorsitzenden der RCDS-Fraktion, Christian Barth.

Auf der VV letzter Woche kam es nach der Einbringung eines Änderungsantrag des RCDS, die den AStA zur Distanzierung von Gewalt aufrief, zu einer Situation, in der mir zwei bekannte Fraktionsmitglieder des RCDS durch Zwischenrufe besonders auffielen. Zum einen wurde die Ablehnung des Antrags des RCDS als Zusage zu Gewalt umgedeutet und mit dem Satz „Die VV unterstützt also Gewalt“ kommentiert. Dieser Vorwurf ist aus simplen formal logischen Gründen natürlich

unsinnig, bedeutet die Ablehnung eines Antrags ja nicht zugleich die Zustimmung zum Inhalt unter umgekehrten Vorzeichen. Ein weiterer Zuruf verglich die Situation (?) mit dem Jahr 1933. Hier wurde also eine Analogie zur Machtergreifung des Nationalsozialismus hergestellt. Sie ist offensichtlich unsachlich und beleidigend. Beide Äußerungen fallen mir im Kontext der so genannten Gewaltdebatte vor allem durch ihre hetzerisch-polemische Form und ihre Unsachlichkeit auf. Ich stelle die Frage an den Vorsitzenden der RCDS Fraktion Christian Barth, ob und wie er beabsichtigt, für genannten Kontext einen Mindeststandard an politischem Niveau der RCDS Fraktion zu garantieren.

Mit freundlichen Grüßen

Michael Höttemann, Studierender der Philipps-Universität Marburg

Christian Barth (RCDS) findet es unsinnig zu behaupten, dass der RCDS Gewalt unterstützt. Aus formaler Sicht hat Michael Recht, jedoch ist es logisch unzulässig, sich von Gewalt zu distanzieren, da man trotzdem immer wieder gezwungen ist Gewalt auszuüben oder auch passiv zu beobachten oder auch aus parteipolitischen Gründen zu akzeptieren. Trotzdem möchte er betonen, dass die GHG und auch Fachkraft als Demokraten dem Antrag der Vollversammlung vom 13.12.2006, sich von Gewalt zu distanzieren, zustimmen sollten. Hiermit möchte er auch Kritik zur demokratischen Handlungsweise der Koalition aussprechen, im Sinne dessen, dass sie der Opposition keinen Sitz im Präsidium anbietet. Der Vergleich mit Vorgängen im Jahr 1933 ist unsachlich, übertrieben und nicht haltbar. Diese Aussage kam aus der Hitze des Gefechts. Der RCDS hatte den Eindruck, dass die Koalition den Antrag in der letzten Vollversammlung, in dem die Koalition aufgefordert wird sich von Gewalt zu distanzieren, nicht einmal abstimmen lassen wollte und somit kann solch eine Aussage bei einseitiger Politik auch mal fallen. Als staatliches Gewaltmonopol und unter demokratischen Bedingungen soll sich der AstA von Gewalt distanzieren.

Michael ist mit der Beantwortung der Fragen zwar formal aber inhaltlich nicht zufrieden, hat aber keine weiteren Fragen.

[Begrüßung, Beschlussfähigkeit]

Die Präsidentin des 42. Studierendenparlaments, **Anna Franziska Stiede** (Gruppe dissident) begrüßt alle anwesenden ParlamentarierInnen. Bei 32 stimmberechtigten Anwesenden eröffnet sie die Sitzung um 20:25 Uhr.

TOP 1 [Protokoll]

Anna erklärt, dass aus organisatorischen Gründen das Protokoll erst zur Sitzung gereicht werden konnte und bittet dies zu entschuldigen.

Das Plenum bekommt eine Lesezeit von 20 Minuten.

Anna fragt, ob es Anmerkungen oder Änderungswünsche zum Protokoll der letzten Sitzung gibt.

Stefan Schulte (FACHKRAFT), **Christian Barth** (RCDS), **Thomas Ebeling** (JuSo-HSG) und **Juko Marc Lucas** (FACHKRAFT) haben einzelne Anmerkungen, die vom Präsidium aufgenommen werden und in dem Protokoll verändert werden.

Damit ist das Protokoll in der korrigierten Form **genehmigt**.

TOP 2 [Tagesordnung]

Anna fragt, ob es Änderungswünsche zur Tagesordnung gibt.

Christian Barth (RCDS) beantragt, den Änderungsantrag zu den Debatten Gewalt und Studierendenproteste mit in die Tagesordnung aufzunehmen. **Michael Hoffmann** (LiBüLi) hält formale Gegenrede.

Stefan Schulte (FACHKRAFT) sagt dass die Proteste nie gewalttätig waren und die Debatte somit gegenstandslos ist.

Anna eröffnet die Abstimmung:

Ergebnis:

11:17:04

[Ja:Nein:Enthaltung]

Benjamin Brandt (JuSo-HSG) beantragt, diese Debatte auf die Tagesordnung der nächsten StuPa-Sitzung zu setzen.

Damit ist die Tagesordnung in der vorliegenden Form **genehmigt**.

TOP 3 [Bericht des AStA]

Die AStA-Vorsitzende **Susanne Schmelter** (GHG) trägt den Bericht des AStA vor.

Susanne (GHG) stellt die Weihnachtsaktion vor, die die Bürger in Marburg mobilisieren sollte, ihre Stimmen für die Verfassungsklage abzugeben. Diese war sehr erfolgreich, es haben sich viele Studierende aktiv beteiligt. Beamte aus dem Stadtbüro waren in der Mensa um die Unterschriften vor Ort gegen zu zeichnen, insgesamt wurden ca. 1800 Unterschriften gesammelt. Weitere Aktionen sind bereits in Planung.

Weiter hat sich die AStA-Koalition darauf geeinigt, dass jedes Referat einmal im Jahr einen kurzen Bericht im StuPa halten soll um damit seine Arbeit vorzustellen.

Juko Marc Lucas (FACHKRAFT) spricht als Technikreferent zum Plenum. Er erläutert die Ergebnisse der letzten Wochen. Die Homepage für den Open Music Contest wurde umgestaltet, die neuen ReferentInnen wurden eingewiesen und politische Ideen ausgetauscht. Die Vorbereitungen für den Relaunch der Homepage des AStA stehen an, sowie der Wechsel zu einem neuen Webserver. Außerdem beschäftigt sich das Technikreferat mit den neuen Codes und Kennwörtern für die neuen ReferentInnen des AStA.

Als nächstes spricht **Michael** (LiBüLi), beschreibt das Referat für Soziales und spricht über seine Arbeitsfelder. Es gab ein Treffen mit dem Hochschul- und dem Öffentlichkeitsreferat und dem Vorstand, um die Aufgabengebiete abzustecken. Für die Zukunft ist ein Treffen mit anderen am Thema interessierten AStA-ReferentInnen geplant um dort das weitere Vorgehen abzusprechen. Im Januar wird es zusammen mit dem AntiFa/AntiRa-Referat eine Veranstaltung zur neuen Bleiberechtsregelung geben. Ort und Zeit werden bald bekannt gegeben. Es finden Seminare der Tarifinitiative für Studentische Beschäftigte statt. Darüber hinaus möchte Michael sich in die Arbeit des Ausschuss Sozialpolitik des fsz (Freier Zusammenschluss der Studierendenschaften) einbringen, jedoch hat sich dieser bis jetzt noch nicht getroffen. Informationen die von allgemeinem Interesse sind, werden auf die Homepage gesetzt. Auch dieses Jahr wird es regelmäßige Treffen mit der Sozialberatung geben, um sich gegenseitig zu informieren und zu unterstützen. Ein Projekt für die nächste Zukunft wird beispielsweise die Auseinandersetzung mit dem hiesigen Bafög-Amt sein, welches die Bafög-Regelung des Öfteren sehr fragwürdig und nicht zu Gunsten der Studierenden auslegt.

Reinhard Weber-Hofmann (GHG) fragt, ob es neue Maßnahmen für die Unterstützung von Studierenden mit Kind gibt und wo man sich beraten lassen kann. Das Referat für Soziales erklärt, dass dafür die Sozialberatung verantwortlich ist und dass es bisher auch noch keine Neuheiten gibt. **Sina Pries** (RCDS) fragt, ob die Veranstaltungsreihe zum Bleiberecht sich auch auf die Situation

von Studierenden bezieht. Dies ist der Fall. **Anna** erweitert, dass die Informationen hauptsächlich für direkt Betroffene gedacht sind.

Miriam Wohlfahrt (FFLL) fügt an, dass die Frauenbeauftragte der Uni für Familie und Kinder zuständig ist, oder auch der Präsident, da dieser eine familienfreundlichere Politik betreiben möchte. **Stefan** (FACHKRAFT) weist auf eine Haushaltsstelle des AStA hin, mittels welcher ParlamentarierInnen mit Kind die Betreuung dieser während der StuPa-Sitzungen bezahlt werden kann.

Caterina Lobenstein (FACHKRAFT) stellt das Referat Hochschulpolitik vor. Sie erklärt, dass sich fünf Referenten engagieren, die sich 1/3 AE teilen und die Arbeit in Bezug auf Hochschulgebühren verfolgen. Dazu gehören die Beteiligung am Normenkontrollverfahren und auch die Unterstützung personaler Aktionen des ABSS (Aktionsbündnis gegen Studiengebühren und Sozialabbau Marburg). Es wird ein Workshop organisiert zur Evaluation von Lehre und Forschung für Studierende, der voraussichtlich im Sommer 2007 stattfinden soll. Weiter unterstützt das Referat das Solidarische Netzwerk für Offene Bildung (SNOB), das sich als alternative Plattform gegründet hat. Außerdem steht die Vernetzungsarbeit allgemein im Mittelpunkt.

Stefan (FACHKRAFT) erläutert, dass der AStA die Mitgliederversammlung des fsz, die vom 21.-25. Februar 2007 stattfindet, in Marburg ausrichten wird.

Annika Schmidt-Ehry (JuSo-HSG) fragt, wie das Verfahren mit der Neubesetzung der Stellen von Hella und Gretel im AStA fortgeschritten ist. **Susanne** (GHG) antwortet, dass viele Bewerbungen eingegangen sind, von denen 14 Bewerber zum Bewerbungsgespräch eingeladen wurden. **Annika** möchte wissen, wer die Personalgespräche führt und fragt, ob es normal ist, dass das Parlament an dem Besetzungsverfahren nicht beteiligt wird. **Susanne** sagt, dass außer ihr noch Melanie Micudaj (ehemalige AStA-Vorsitzende), Stefan Schulte, Volker Hinck und Jan Christoph Gail an den Gesprächen teilnehmen.

Roman Topp (RCDS) findet die Vorstellungen der Referate sehr positiv und fragt das Umweltreferat, warum die Drucker der einzelnen Fachbereiche der Philipps-Universität in Marburg nicht mit ökologischem Papier gefüllt sind, sondern nur neues Papier den Studierenden angeboten wird. **Stefan** (FACHKRAFT) erklärt, dass die Fachbereiche dafür zuständig sind und die Referate deshalb keinen Einfluss darauf haben. **Johannes Grün** (GHG) fügt hinzu, dass die

Fachbereiche das Recycling-Papier ablehnen, da durch dieses Papier angeblich die Kopierer defekt werden. Außerdem bevorzugen die Studierenden das neue weiße Papier. **Felix Rensch** (GHG) bestätigt Johannes Aussage und bemerkt, dass das Thema schon mal evaluiert wurde und leider bei der Durchsetzung scheitert. **Roman** (RCDS) fragt, ob da nicht nachgehakt werden könne. **Stephanie Dziuba-Kaiser** (GHG) antwortet, dass sich das Umweltreferat diesbezüglich erkundigen wird.

TOP 4: [Wahl eines studentischen Vertreters in den Vorstand des Studentenwerkes]

Juko (FACHKRAFT) schlägt **Michael Hoffmann** (LiBüLi) vor. Es gibt keine weiteren Vorschläge und die KandidatInnenliste wird geschlossen. **Michael** nimmt die Kandidatur an und stellt sich dem Plenum vor. Er studiert evangelische Theologie im fünften Semester und ist (wie in Top 3 beschrieben) im AStA beschäftigt. Er betont, dass sich die Arbeit als studentischer Vertreter im Vorstand des Studentenwerkes gut mit seiner AStA-Arbeit kombinieren lässt.

Anna eröffnet den Wahlgang.

Ergebnis:

24:07:01:01

[Ja/Michael:Nein:Enthaltung:Ungültig]

Michael nimmt die Wahl zum studentischen Vertreter in den Vorstand des Studentenwerkes an.

***Imke Dzewas** (SL) verlässt die Sitzung um 21:20 Uhr. Damit sind jetzt 31 wahlberechtigte ParlamentarierInnen anwesend.*

TOP 5: [Antrag auf Debatte zur Veranstaltungsreihe „Hessen hinten“]

Roman (RCDS) verliest den Antrag des RCDS.

Das Studentenparlament möge beschließen:

Das StuPa missbilligt die Veranstaltung des AStAs „Hessen hinten“,

da eine Veranstaltungsreihe mit einem aufhetzerischen Titel und entsprechender Symbolik, z.T. unqualifizierten Referenten (Politikstudent der über die Verfassung referiert) und völlig einseitiger Sichtweise (im Gegensatz zu einer etwaigen Podiumsdiskussion) in keinsten Weise das Kriterium der Förderung politischer Bildung oder gar des staatsbürgerlichen Verantwortungsbewusstseins zu erfüllen vermag. Es handelt sich also eindeutig um eine allgemeinpolitische Veranstaltung, die das hochschulpolitische Mandat des AStA überschreitet, was die allgemeine Handlungsfreiheit jedes einzelnen Studenten, der in der verfassten Studierendenschaft vom AStA vertreten wird, verletzt.

Da die Rechtssprechung in diesem Bereich so glasklar und eindeutig ist und der AStA auch in allen anderen Instanzen verlieren würde, ist zur Vermeidung weiterer Verschwendung von Geldern der Studentenschaft gemäß §95 (3) HHG „Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit“, die ordnungsgemäße Entscheidung des Vgs Gießen zu akzeptieren. Folgerichtig hat sich der AStA von der Veranstaltungsreihe zu distanzieren. Das beinhaltet die Entfernung jeglicher Werbeplakate und ähnlichem, auf denen im Namen des AStA dafür geworben wird.

Jedwede Kosten wie Raummiete, Kosten für Werbung, Referentenabrechnungen und Fahrtkosten sind demnach von dem neuen Veranstalter, HU-Marburg, zu tragen und bisher entstandene Kosten der Studentenschaft in vollem Umfang zu ersetzen.

Das StuPa verurteilt grundsätzlich jede Form von Kompetenzüberschreitung des Marburger AStAs, sowie das Hinwegsetzen über ordnungsgemäße gerichtliche Entscheidungen und Verstöße gegen geltendes Recht. Das gleiche gilt auch und insbesondere für dessen einzelne Mitglieder.

(Sina Pries, Christian Barth, Roman Topp, Grischa Beissner)

Jan Beberweyk (SL) fragt, was der Punkt mit der Rechtssicherheit zu bedeuten hat und erklärt, dass der AStA die Humanistische Union nicht zur Übernahme von Kosten verpflichten kann. Er beantragt Rederecht für Marco Geis.

Anna eröffnet die Abstimmung:

Ergebnis:

28:01:02

[Ja:Nein:Enthaltung]

Roman (RCDS) begründet die Rechtssicherheit mit einer durchgeführten juristischen Prüfung, welche ergeben hat, dass in solchen Fällen größtenteils wie beschrieben entschieden wurde.

Juko (FACHKRAFT) findet es ungehörig, Studierenden die Qualifizierung als ReferentIn abzusprechen. Außerdem erklärt er, dass es keinen abschließenden Beschluss der Verfügung von Gießen gibt. Die Beschwerde ist also zulässig.

Stefan (FACHKRAFT) beantragt Rederecht für **Marcel Hennes** (FACHKRAFT).

Anna eröffnet die Abstimmung.

Ergebnis:

27:00:04

[Ja:Nein:Enthaltung]

Benjamin (JuSo-HSG) sagt, dass in der Ära Roland Koch Hessen politisch sehr zurückgefallen ist und daher der Antrag abzulehnen sei.

Marcel (FACHKRAFT) fragt, ob für den RCDS Rechtsstaatlichkeit auf Wahrscheinlichkeitsrechnung beruht.

Sina (RCDS) erwidert, das natürlich eine Restwahrscheinlichkeit bestehe, diese aber zu gering sei um das Risiko einer Ablehnung einzugehen. Vor allem weil es auch um ein finanzielles Risiko (für das Geld der Studierenden) geht.

Marcel (FACHKRAFT) wiederum fragt, ob Entscheidungen also kalkulatativ getroffen werden können. **Sina** (RCDS) verneint dies, es handele sich schließlich um die Finanzen der Studierenden. Damit dürfe kein Risiko eingegangen werden, im Gegensatz zu Privatkapital.

Die Wahrscheinlichkeit sei sehr groß, dass der Fall abgelehnt wird.

Juko (FACHKRAFT) fragt nach, ob der RCDS möchte, dass der AstA sich nicht zur Wehr setzen soll.

Sina (RCDS) antwortet, in diesem Fall ja.

Roman (RCDS) geht es vor allem auch darum, dass diese Vortragsreihe durch einseitige Information Einfluss auf die nächste Landtagswahl 2008 nehmen will. Es handele sich nur solange um Informationen, wie auch beide Seiten zu einem Thema zu Wort kommen können. Er ist dagegen, dass dies sozusagen von dem Geld der Studierenden

finanziert wird. Außerdem gibt es einen Beschluss des Verwaltungsgerichts Gießen, der die Teilnahme und Durchführung der Veranstaltungsreihe „Hessen hinten“ durch den AStA Marburg verbietet. Und auch die Satzung des StuPa verbietet dies.

Juko (FACHKRAFT) sagt, dass die Studierenden selbst entscheiden können, was sie für einseitige Information halten. Des weiteren darf der AStA im Rahmen der Gesetze frei über das Geld der Studierendenschaft verfügen.

Miriam (FFLL) stimmt Juko zu und appelliert an den RCDS, dem selbstredend die Demokratie am Herzen liegt, und da die Marburger Studierendenvertretung sich demokratisch konstituiert und die Studierendenschaft sich aus beiden Geschlechtern zusammen setzt, bitte auch Frauen mitzubenennen.

Benjamin (JuSo-HSG) hält den Vorwurf der Einflussnahme auf die WählerInnen für lächerlich, weil die CDU in Hessen zur Zeit gerade selbst die freien Wähler unter Druck setzt.

Christian (RCDS) bittet um eine Stellungnahme des AStA, da er allein schon den Titel der Vortragsreihe „Hessen hinten“ nicht für wertfrei, sondern für ein einseitiges „Runtermachen“ der Landespolitik hält. **Jan** (SL) erklärt, dass es sich lediglich um eine provokative These zur Werbung für die Veranstaltung handelt. Aber auch wenn man die Bundesländer miteinander vergleicht, kommen selbst Experten zu dem Schluss, die Situation in Hessen derart zu beurteilen.

Susanne (GHG) unterstützt Jans Aussage. Der Titel ist nicht einfach aus der Luft gegriffen. Die Reihe wird von Experten organisiert und auch die Meinung der CDU kommt nicht zu kurz. Es sei einfach wichtig, dieses Thema aus verschiedenen Blickwinkeln zu beleuchten. **Juko** (FACHKRAFT) zeigt sich froh darüber, dass es keine völlig wertfreie politische Bildung gibt.

Marco legt seine Haltung zum Thema dar. Er hält die Haltung der CDU in diesem Fall für unprofessionell, da die Kritik eben nicht gegen die CDU als Partei, sondern gegen die CDU in ihrer Funktion als Regierungspartei und ihre konkrete Politik als solche gerichtet ist. Das Verhalten von CDU und auch RCDS zeugt von einem elitären Selbstverständnis, da sie sonst den Vortrag eines Studierenden über die Verfassung nicht als per se unqualifiziert darstellen würden. Er findet es armselig, dass keine inhaltliche Debatte geführt wird, sondern es nur um parteipolitisches Taktieren geht. Außerdem sei das herangezogene allgemeinpolitische Mandat ein reines Konstrukt, um gegensätzliche Meinungen zu unterdrücken. Bei einer solchen Veranstaltungsreihe sollte jeder Studierende in der Lage sein, den hochschul- und bildungspolitischen Zusammenhang zu erkennen. Er betont noch einmal, dass das allgemeinpolitische Mandat eine reine Farce und der Versuch ist, bestimmte Meinungen

mundtot zu machen.

Sina (RCDS) findet den Punkt „Zwangsvereinigung der verfassten Studierendenschaft“ im Änderungsantrag wichtig und vertritt persönlich nicht die Meinung des AStA. Sie glaubt, dass es auch vielen anderen Studierenden so geht.

Christian (RCDS) möchte vom AStA die Versicherung, dass die Kosten für die Veranstaltungsreihe vollständig von der Humanistischen Union übernommen werden. **Marco** antwortet, dass die Reihe nicht allein von der Humanistischen Union, sondern von folgenden Organisationen getragen wird:

Bund demokratischer Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen (BdWi); BUND Kreisverband Marburg-Biedenkopf; DGB Kreisverband Marburg-Biedenkopf; DGB Jugend Mittelhessen; GEW Hessen; GEW Regionalverband Hochschule und Forschung Mittelhessen; Hochschulgruppe Sozialistische Linke; Humanistische Union Ortsverband Marburg

Daher kann die Humanistische Union natürlich nicht allein für die Kosten einspringen.

Christian (RCDS) interessiert lediglich, ob die Kosten übernommen werden oder nicht. **Stefan** (FACHKRAFT) erläutert, dass der AStA aufgrund der einstweiligen Verfügung verpflichtet ist, keine weiteren Kosten für die Reihe zu übernehmen und er sich natürlich auch daran halten wird.

Christian (RCDS) fragt, ob man das garantieren kann. Das tut **Stefan. Juko** (FACHKRAFT) erklärt, dass die Kosten für bereits gedruckte Plakate etc. natürlich nicht rückwirkend von den neuen Veranstaltern übernommen werden können.

Roman (RCDS) übernimmt die Korrektur von Marco und ändert die Formulierung in „die einzelnen Veranstalter“. Er stellt den Antrag auf namentliche Abstimmung beim 3. Absatz.

Anna schließt die RednerInnenliste und eröffnet die Abstimmung zum Antrag. Alle drei Anschnitte werden einzeln abgestimmt.

1. Abschnitt:

Ergebnis:

04:26:01

[Ja:Nein:Enthaltung]

2. Abschnitt:

Ergebnis:

04:26:01

[Ja:Nein:Enthaltung]

3. Abschnitt:

Miriam (FFLL) stellt zum 3. Absatz einen Änderungsantrag. Sie möchte, dass das Wort „verurteilt“ am Ende des Satzes durch das Wort „fordert“ ersetzt wird. Keine Gegenrede.

Anna eröffnet die Abstimmung über den Änderungsantrag.

Ergebnis:

17:04:10

[Ja:Nein:Enthaltung]

Die Abstimmung des dritten Absatzes in geänderter Form wird fortgesetzt. Es wird namentlich abgestimmt.

Name	Vorname	Ja/Nein/Enthaltung
Barth	Christian	Ja
Beberweyk	Jan Christoph	Nein
Beissner	Grischa	Ja
Brandt	Benjamin	Nein
Burgdorf	Christin	Nein
Dziuba-Kaiser	Stephanie	Enthaltung
Ebeling	Thomas	Nein
Gail	Jan Christoph	Enthaltung
Gallner	Gregor	Enthaltung
Grant-Hayford	Naakow	Enthaltung
Grün	Johannes	Enthaltung
Hanemann	Laura	Ja
Hoffmann	Michael	Nein

Krieger	Martin	Enthaltung
Lenk	Julian	Ja
Loeper	Lisa	Ja
Lucas	Juko Marc	Nein
Mitschke	Christoph Johannes	Nein
Nordmann	Daniel	Nein
Pries	Sina	Ja
Rensch	Felix	Enthaltung
Saniter	Nils	Enthaltung
Schmidt	Mandy	Enthaltung
Schmidt-Ehry	Annika	Enthaltung
Schulte	Mark-Alexander	Enthaltung
Stiede	Anna-Franziska	Nein
Topp	Roman	Ja
Tuszyński	Hanna	Enthaltung
Weber	Karoline	Ja
Weber-Hofmann	Reinhard	Nein
Wohlfahrt	Miriam	Enthaltung

Ergebnis:

08:10:13

[Ja:Nein:Enthaltung]

Damit ist der Antrag des RCDS abgelehnt.

Annika (JuSo-HSG) bittet darum, die Abstimmungen in Zukunft besser zu strukturieren.

TOP 6: [Terminabsprache]

Anna verkündet, dass die nächste StuPa-Sitzung im Januar stattfinden wird. **Juko** (FACHKRAFT) wünscht im Namen der FACHKRAFT dem StuPa ein frohes Weihnachtsfest.

TOP 7: [Verschiedenes]

Es gibt keine Anmerkungen zum Punkt Verschiedenes.

Die amtierende Präsidentin des 42. Studierendenparlaments, **Anna Franziska Stiede**, schließt die Sitzung um 22:01 Uhr.

Marburg, den 15. Januar 2007

Für das Protokoll:

Mandy Schmidt und Stephanie Dziuba-Kaiser
Vizepräsidium des 42. Studierendenparlaments

Für die Richtigkeit:

Anna Franziska Stiede,

Präsidentin des 42. Studierendenparlaments

Seite 14 von 14

Studierendenschaft der Philipps-Universität Marburg | Körperschaft des Öffentlichen Rechts
| Präsidium des Studierendenparlaments |
c/o AStA Marburg | Erlenring 5 | 35037 Marburg | Tel. 06124-1703-0
stupa@asta-marburg.de | <http://stupa.AStA-marburg.de>

:: Dieses Dokument wurde mit freier Software erstellt und auf Recyclingpapier gedruckt::